



#14N: Generalstreik europaweit!

November 2012

Freie ArbeiterInnen Union (FAU) Bielefeld

Themenabende der Lokalföderation:

03.12.: Über Tische, Tafeln usw. Zur „Ökonomie des Mitleids“

17.12.: Feucht-fröhlicher Jahresausklang

montags um 18.30 Uhr in der Bürger_innen_wache, R102

Treffen des **Allgemeinen Syndikats (ASY_BI)**:

montags, 20.00 Uhr in der Bürger_innen_wache, R102

- 1.) #14N: Generalstreik, Tränengas, Knüppelorgie.** Millionen im Streik, Millionen auf der Straße
- 2.) Mediensammlung zum #14n: Generalstreik- und Aktionstag**
- 3.) Solidarity not „Spardiktat“** . Stellungnahme der Gruppe Kritik & Intervention , Bielefeld
- 4.) Generalstreik europaweit!** Ein Kommentar der FAU Münsterland
- 5.) Vormaliger Funktionär Volker Bräutigam tritt aus DGB und ver.di aus**
- 6.) Vrije Bond und FAU auf der Demonstration in Genk.** Demonstration gegen Schließung des Ford-Werkes (11.November 2012)
- 7.) Die Soziale Krankenstation der Solidarität Thessaloníki braucht finanzielle Unterstützung.** Ein Interview
- 8.) Direkte Aktion #214, November/ Dezember 2012**
- 9.) IT´S TIME TO ORGANIZE!**

Gewerkschaften in Aktion

1.) #14N: Generalstreik, Tränengas, Knüppelorgie. Millionen im Streik, Millionen auf der Straße

Der erste „europäische Generalstreik“, der für diesen 14. November (14N) angesetzt war, war zunächst einmal ein iberischer. In Spanien und Portugal wurde der 24-stündige Streik gegen ein Europa der Troika massiv befolgt. Alleine für den spanischen Staat sprechen Gewerkschaften von nahezu 10 Millionen Streikenden. Vermutlich mehrere Millionen Menschen haben sich dort an Demonstrationen beteiligt. Begleitet wurde der Streik von Polizeiattacken u.a. in mehreren Städten der iberischen Halbinsel und in Rom. In vielen anderen Städten Europas gab es Solidaritätsaktionen im Rahmen des Generalstreiks.



Streikposten in der Gran Via, Madrid. Wenig später wurden diese von der Polizei angegriffen (Foto: lahaine.org)

Schon gegen Mitternacht des 14. November zogen in Spanien Streikketten an den zentralen Infrastrukturlinien auf: Bus- und Bahndepots, Flughäfen, Zugänge zu den Industriegebieten. Spanische Gewerkschaften geben die Streikbeteiligung mit rund 80% an. Der Stromverbrauch des produzierenden Gewerbes ging laut «Economistas frente a la crisis» in Folge der streikbedingten Produktionsausfälle um zwei Drittel zurück. In vielen Städten zogen Flying Pickets aus Streikenden und UnterstützerInnen durch die Straßen zu den noch offenen Kaufhäusern und Läden. Dabei kam es mancherorts zu den ersten Auseinandersetzungen, als Polizeieinheiten Streikposten angriffen. Die Tageszeitung „El Mundo“ war sich dabei nicht zu schade, ihre Zeitungsproduktion durch Polizeifahrzeuge zu den Auslieferungslagern fahren zu lassen.

In Dutzenden von spanischen Städten wurde der Streik von Demonstrationen begleitet. Alleine an den 13 Kundgebungen in Galizien haben sich nach Gewerkschaftsangaben dabei mehr als 500.000 Menschen beteiligt. In Vigo, einer Stadt mit 300.000 EinwohnerInnen sollen es fast 150.000 gewesen sein, die ihren Unmut auf die Straße getragen haben. Auch in anderen Städten im spanischen Staat war die Beteiligung an den Demonstrationen massiv. Schon alleine die Alternativ-Gewerkschaften brachten zusammen mit verschiedenen sozialen Bewegungen Zehntausende auf die Straße: In Salamanca folgten 7.000 einem Aufruf der CNT, in Barcelona waren es mehr als 30.000 im „antikapitalistischen Block“, zu dem u.a. die CNT aufgerufen hatte, in Madrid waren es ebenfalls zehntausende, die in den Blocks der Alternativgewerkschaften auf die Straße gingen. Sowohl für Madrid als auch für Barcelona sprechen die großen Gewerkschaften von jeweils mehr als einer Million TeilnehmerInnen. Auch wenn das zu hoch gegriffen sein dürfte, war die Massen an Leuten, bis hinein in die Kleinstädte enorm. Die Polizei attackierte den ganzen Tag hindurch in einer Vielzahl von Städten Streikposten und Kundgebungen. Zur Stunde gehen wir von mindestens 200 Festnahmen und mehr als 100 Verletzten aus. An einigen Orten kam es zu allerlei kreativen Aktionen im Zuge des Generalstreiks: In La Bisbal räumten Leute beispielsweise in einem „proletarischen Einkauf“ ganze Einkaufswagen mit Lebensmitteln in einem Supermarkt voll, um sie anschließend zu verteilen.

„So wie wir von CNT in unseren Streikposten und in den Betrieben, in denen wir vertreten sind, den Streik erlebt haben, hatte er sehr große Auswirkungen - sogar mehr als der vom 29. März 2012.“ (Jose, CNT Villaverde)

Die portugiesischen Gewerkschaften sprechen ebenfalls von einer massiven Beteiligung am Generalstreik. In Lissabon griff die sichtlich nervöse Polizei vom Nachmittag bis in die Abendstunden massiv eine Demonstration an, die versuchte, im Rahmen des Generalstreiks das Parlament zu umzingeln. Dabei gaben Polizisten nach Angaben der portugiesischen Nachrichtenagentur Lusa Warnschüsse mit scharfer Munition ab. Ständig wurden Verletzte mit Krankenwagen weggefahren, in den umliegenden Straßen brannten immer wieder kleinere

Barrikaden. Im Anschluß an die Übergriffe der Polizei wurden mehr als 120 Menschen an einem anderen Ort der Stadt von Antiterror-Einheiten überfallen und in ein ehemaliges Gerichtsgebäude am Stadtrand verschleppt, wo ihnen zunächst jeder Kontakt zu Anwälten oder Angehörigen untersagt wurde. In Porto gingen mehrere tausend Menschen auf die Straße, darunter auch ein Block von Anarcho-SyndikalistInnen.

In Rom, Mailand und Turin gerieten SchülerInnen und StudentInnen, die sich gegen die massiv schlechter werdenden Ausbildungsbedingungen und die miserablen Zukunftsaussichten auf die Straße gingen, mit der Polizei aneinander. Auch in mehr als einem dutzend weiteren italienischen Städten gab es Demonstrationen.

In Frankreich wurde der Aufruf zum Generalstreik von den großen Gewerkschaften ignoriert. Mitglieder der CNT streikten hingegen z.B. im Automobilwerk PSA Borny, wo die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft als einzige zum Streik aufgerufen hatte.

In Belgien streikten die EisenbahnerInnen und legten den Bahnverkehr fast komplett lahm.

In Griechenland wurde ein Aufruf zu einem dreistündigen Streik am Nachmittag kaum befolgt. Lediglich einige tausend DemonstrantInnen ließen sich auf dem Syntagma-Platz blicken.

In Deutschland waren es wie befürchtet nur wenige, die für ihre eigene Zukunft und in Solidarität mit den ArbeiterInnen der südlichen EU-Länder auf die Straße gingen. Nachrichten über kleinere Aktionen mit wenigen hundert TeilnehmerInnen, häufig mit Präsenz lokaler FAU-Syndikate, erreichten uns u.a. aus [Berlin](#), Bochum, Bremen, Dortmund, [Düsseldorf](#), [Frankfurt a.M.](#), [Köln](#), Stuttgart, [Münster](#).



aus : http://www.fau.org/artikel/art_121114-215720

2.) Mediensammlung zum #14n: Generalstreik- und Aktionstag

Hier eine erste Zusammenstellung von Berichten, Videos und Fotos zum #14n, europäischen Generalstreik und Aktionstag. Wir konzentrieren uns dabei auf die Aktionen mit anarcho-syndikalischer bzw. basisgewerkschaftlicher Beteiligung.

„So wie wir von der CNT in unseren Streikposten und in den Betrieben, in denen wir vertreten sind, den Streik erlebt haben, hatte er sehr große Auswirkungen - sogar mehr als der vom 29. März 2012.“ (Jose, CNT Villaverde)

Am 14. November 2012 fanden in gut 60!!! Städten in Spanien und Katalonien Aktionen mit sehr großer Beteiligung der CNT, CGT und SAT statt. Die größte Demonstration mit anarcho-syndikalischer Beteiligung fand mit ca. 250.000 TeilnehmerInnen in Barcelona statt. In Madrid nahmen um die 100.00 Menschen und viele GenossInnen der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften an der Demonstration teil.

Überschattet wurde dieser Tag von einer neuen Gewaltwelle seitens der Polizei. Es finden sich viele Videos in denen Polizisten, ohne erkennbaren Grund, mit außerordentlicher Gewalt gegen Protestierende vorgehen und diese oft schwer verletzen. Wir beobachten diese immer massiver werdenden Gewaltausbrüche, welche am 14n, wie auch am vorherigen großen Aktionstag in Spanien 26s, seitens der staatlichen Institutionen nicht nur gebilligt, sondern sogar gelobt werden, seit einiger Zeit mit großer Sorge.

Nun aber zu den vielen, ermutigenden Eindrücken des gestrigen Tages!

Zusammenfassung aller CNT Aktionen auf der Website der CNT (inkl. Berichten, Fotos, TeilnehmerInnenzahlen)

<http://www.cnt.es/noticias/cobertura-informativa-huelga-general-14n>



Zusammenfassung und Fotostrecke der CGT

<http://www.cgt.org.es/noticias-cgt/notas-de-prensa/14-n-multitudinaria-manifestacion-en-madrid-de-sindicatos-alternativos->

Fotosammlung der CNT

[http://www.facebook.com/photo.php?](http://www.facebook.com/photo.php?fbid=10151173150869475&set=a.10150628163349475.410888.126340154474&type=1&relevance_count=1#!/pages/cnt-ait/126340154474?sk=photos_stream)

[fbid=10151173150869475&set=a.10150628163349475.410888.126340154474&type=1&relevance_count=1#!/pages/cnt-ait/126340154474?sk=photos_stream](http://www.facebook.com/photo.php?fbid=10151173150869475&set=a.10150628163349475.410888.126340154474&type=1&relevance_count=1#!/pages/cnt-ait/126340154474?sk=photos_stream)

Übersetzung von Nachrichten der CNT durch die SolFed (englisch)

<http://www.solfed.org.uk/?q=north-london%2Fearly-morning-general-strike-reports-from-spain>

Zusammenfassung von Labournet (deutsch)

<http://www.labournet.de/internationales/europa/n14bilanz1.html>

Berichte von verschiedenen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften (verschiedene Sprachen) <http://internationalworkersassociation.blogspot.de/>

mehr Berichte, Videos und Sammlungen auf:

http://www.fau.org/artikel/art_121115-181933

Solidaritätsaktionen

In Deutschland beteiligten sich die FAU Syndikate Berlin, Bochum, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt a.M., Köln, Stuttgart und Münster an den Solidaritätsaktionen.

Frankfurt, Fotos: <http://www.unserebewegung.de/bilder/general-strike-14-11-2012/>

Berlin, Fotos, Bericht

[http://www.facebook.com/home.php#!/media/set?](http://www.facebook.com/home.php#!/media/set?set=a.299622833476573.59244.100002865771366&type=1)

[set=a.299622833476573.59244.100002865771366&type=1](http://www.facebook.com/home.php#!/media/set?set=a.299622833476573.59244.100002865771366&type=1)

http://www.fau.org/ortsgruppen/berlin/art_121114-203633

Münster, Fotos, Bericht

<http://www.fau-muensterland.de/?p=809>

Köln

[Solidaritätsdemo für europäische Generalstreiks](http://allgemeinssyndikatkoeln.blogspot.de/2012/11/14/koeln-solidaritaetsdemo-fuer-europaeische-generalstreiks/)

(<http://allgemeinssyndikatkoeln.blogspot.de/2012/11/14/koeln-solidaritaetsdemo-fuer-europaeische-generalstreiks/>)

Düsseldorf

<http://www.fau-duesseldorf.org/nachrichten/duesseldorf-14n-demobericht-und-links-zu-mehr>

... wird noch ergänzt!

3.) Solidarity not „Spardiktat“ . Stellungnahme der Gruppe Kritik & Intervention , Bielefeld

Heute, am 14. November, treten Spanien, Portugal, Zypern und Malta in den Massenstreik, Griechenland und Italien folgen. Dies ist ein deutliches Signal der dortigen Gewerkschaften gegen den Sparkurs, der ihnen unter deutscher Federführung via EU verordnet wird. „Spardiktat“ trifft den Nagel dabei auf den Kopf. Die Menschen dort wehren sich gegen Kürzungen an Lohn und Sozialsystem, welche von Mario Draghi, seines Zeichens Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), als „erstaunliche“ Leistung verbucht werden.

Geleistet hat dies selbstverständlich der Druck der Troika aus EZB, EU- Kommission und Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie „Krisengewinner“ Deutschland, die vor allem Griechenland die sprichwörtliche Pistole auf die Brust setzen: wird ein Reformprogramm nicht nach exakt ihren Plänen umgesetzt, wird die nächste „Kredittranche“ nicht gewährt, und es droht der Staatsbankrott.

Während hierzulande der Grund für die miserable Wirtschaftslage der südeuropäischen Länder im Fehlverhalten ihrer Bevölkerungen und bisherigen Regierungen gesucht wird, sind sich die Menschen dort darüber klar, dass die ganze Misere auf ihrem Rücken ausgebadet wird. Ihre Gewerkschaften scheinen dies auch zu wissen, und nutzen das bisschen Macht, das sie in Relation zu den „Sachzwängen“ der internationalen Staatenkonkurrenz aufbringen können, zu einer koordinierten Aktion: einem Generalstreik, der international umgesetzt werden soll.

Dies ist ein folgerichtiger Schritt, den es zu unterstützen gilt. In Deutschland lässt die Solidarität, gelinde gesagt, zu wünschen übrig. Der DGB unterstützt die Aktion symbolisch, aber eben nur -

symbolisch. Nicht dass wir uns falsch verstehen: hierzulande einen Generalstreik loszutreten erscheint als ein Ding der Unmöglichkeit.

Aber dass dem so ist, ist eben gerade eine Folge des Kurses der „Sozialpartnerschaft“, dem sich die Deutschen Gewerkschaften verschrieben haben, infolgedessen sie eher in Verhandlungen mit Unternehmerverbänden treten, als dass sie die Interessen der Lohnabhängigen vertreten. Und um dies mit aller Deutlichkeit zu sagen: mit „Interessen der Lohnabhängigen“ ist hier nicht die Sorge jener chauvinistischen Deutschen gemeint, die sich darüber freuen „gestärkt“ aus der Krise hervorgegangen zu sein und eben deswegen gegen „die faulen Südeuropäer“ hetzen. Gerade der vermeintliche Gegensatz nationaler Schicksalsgemeinschaften muss überwunden werden. Dann wäre Platz für die Einsicht, dass jeder nationale Schulterschluss für den Standort (oder dessen verlängerten Arm Europa) den Druck auf die Bevölkerungen der krisengeschüttelten Länder erhöht – und damit das glatte Gegenteil einer solidarischen Unterstützung der dortigen Proteste ist. Wenn DGB und Linkspartei öffentlichkeitswirksam dazu aufrufen, den Internationalen Generalstreiktag zu unterstützen, so begrüßen wir das. Zugleich wissen und kritisieren wir, dass ihre Forderungen nichts an den Gründen für den Generalstreik ändern (würden). Der DGB sorgt sich, dass „Sozialabbau nicht funktioniert“, und verschweigt dabei nicht, was da funktionieren soll: „nachhaltiges Wachstum“, auch bekannt als kapitalistische Konkurrenz auf Weltmaßstab, die notwendig Verlierer hervorbringt – neuerdings auch wieder in den Zentren der ehemaligen Industrienationen. Auch die Linkspartei weiß von „volkswirtschaftlichem Irrsinn“ zu berichten, meint damit aber leider nicht den alltäglichen Irrsinn einer kapitalistischen Ökonomie, sondern deren Rezension. Es sind gerade diese reformistischen Bemühungen, doch noch etwas Gutes aus dem Kapitalismus herauszuschlagen zu wollen, die an seinem Kern vorbeigehen: hier wie dort wird gearbeitet zur Mehrung eines Reichtums, dessen Bestimmung es gar nicht ist, „den Menschen“ oder ihrem „sozialen Zusammenhalt“ zu dienen. Wir konsumieren, damit produziert werden kann – eine gelungene Konsumtion ist dabei bestenfalls Nebenprodukt. Und eben das lässt sich in Südeuropa gerade beobachten.

Frei nach Marx: Statt der konservativen Forderung ‚Ein guter Lohn für gute Arbeit‘ sollten Linkspartei und DGB auf ihre Banner die revolutionäre Losung schreiben: ‚Nieder mit dem Lohnsystem!‘¹

<http://kritikundintervention.org> Bielefeld

4.) Generalstreik europaweit! Ein Kommentar der FAU Münsterland

Am Mittwoch, den 14. November 2012 fand in Griechenland, Spanien, Portugal, in Teilen Italiens und Belgiens, auf Malta und auf Zypern ein Generalstreik statt. Die Streikaktionen wanden sich gegen die Maßnahmen der europäischen Troika (Europäische Union, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds), um angeblich die Krise zu überwinden.

Der Forderungskatalog der Troika ist ein Horrorkatalog, der zur Verelendung der Arbeitenden in Südeuropa beitragen wird: Von der Einführung der Sechs-Tage-Woche, 13-Stunden-Arbeitstagen, der Privatisierung der Wasserversorgung ist da die Rede. Wir dürfen uns keine Illusionen machen: Was heute den ArbeiterInnen in Griechenland abverlangt wird, wird morgen auch hier von uns erwartet.

Die organisierten ArbeiterInnen Südeuropas antworten mit einem Generalstreik. Es ist das erste Mal seit der Einführung des 1. Mai als Kampftag für den Acht-Stunden-Tag 1891, dass eine solche Aktion grenzüberschreitend stattfindet. Wir alle sind sozusagen ZeitzeugInnen eines welthistorischen Ereignisses.

Aber was bedeutet das überhaupt: Generalstreik? Ein Generalstreik ist ein allgemeiner Streik, der nicht nur in einer Branche stattfindet, sondern koordiniert in allen Wirtschaftsbereichen. Als solcher wendet er sich auch nicht nur gegen einen Arbeit“geber“, sondern sein Zweck ist die Erfüllung politischer bzw. sozialer Forderungen. Als allgemeiner Streik soll er Druck aufbauen, in dem die Wirtschaft eines ganzen Landes – oder in diesem Fall mehrerer Länder – lahm gelegt wird.

Wir dürfen den südeuropäischen Generalstreik nicht als Wunderwaffe betrachten, durch den nun alles besser wird. Da er auf einen Tag begrenzt ist, ist er nur eine Demonstration dessen, was

¹„Statt des konservativen Mottos: "Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!", sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: "Nieder mit dem Lohnsystem!" schrieb Marx im Original mit Bezug auf die Arbeiterklasse. Vgl. K. Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 151.

passieren könnte, wenn wir alle über längere Zeit die Arbeit niederlegen. Insofern ist auch der heutige Generalstreik symbolisch.

Obwohl er diesen Symbolcharakter trägt, wird einigen dennoch unbehaglich: Der Europäische Gewerkschaftsbund unterstützt die Aktionen nur aus einem Grund: Damit die Gewerkschaften Südeuropas bei der Stange bleiben. Die deutschen sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften mögen das Wort „Generalstreik“ schon gar nicht hören – passiert hier doch in fast ganz Südeuropa etwas, das in Deutschland juristisch verpönt ist: Ein Generalstreik wäre höchstens im Rahmen des Widerstandsrechts nach Grundgesetz Art. 20, Abs. 4 legal.

Aber selbst wenn er legal wäre: Im tatsächlichen Falle eines flächendeckenden Streiks, der die Wirtschaft bedroht, würde diese Legalität kaum anerkannt. Und ob legal oder illegal: Momentan fehlt uns schon das nötige Rüstzeug für solcherlei Streikaktionen. Das bedeutet für uns in erster Linie, sich überhaupt erst mal gemeinsam demokratisch als ArbeiterInnen zu organisieren. Bedenken wir noch mal, was wir oben gesagt haben: Die sozialen Zumutungen in Griechenland, Spanien, Portugal ... sind nur das Vorspiel zu dem, was auch uns blühen wird. Deswegen unterstützen wir die Streikenden dort, denn letztlich streiken sie auch für uns.

Quelle: http://www.fau.org/artikel/art_121117-103611

5.) Vormaliger Funktionär Volker Bräutigam tritt aus DGB und ver.di aus Liebe Kollegen,

hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der ver.di im DGB zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Bitte informiert mich, wann genau meine Mitgliedschaft endet, damit ich meine Beitragszahlungen satzungskonform einstellen lassen kann.

Die Entscheidung, endlich zu gehen, fiel mir nicht leicht. Immerhin bin ich mehr als ein halbes Jahrhundert DGB-Mitglied: 1960 Einstieg bei der ÖTV, aber schon einige Wochen später Wechsel zur IG Druck, die damals mit Loni Mahlein an der Spitze noch Gewerkschaft mit einigem Anspruch an sich selbst war. 1975 kam ich zum NDR und wurde der reichlich ständischen RFFU zugeordnet; die fusionierte zur kurzlebigen IG Medien, diese zur ver.di. Den Fusionen lag jeweils die Idee zugrunde, eine durchsetzungsfähige „Arbeitnehmer“-Einheit in branchenübergreifender Solidarität herzustellen. Daraus wurde bekanntlich nichts. Partikularinteressen wurden und werden nach wie vor gepflegt und der ganze Verein durchgängig sozialdemokratisiert.

Seit langem überlege ich, wie ich meine Mitgliedschaft in dieser real existierenden Gewerkschaft noch mit meiner politischen Überzeugung und meinem Bild von sozialer Gerechtigkeit in der Arbeitswelt in Einklang bringen kann. Es gelingt mir immer weniger. Unsere Gewerkschaften, ursprünglich Solidarbund zur Hilfe für die Schwächsten, sind längst zu Besitzstands-Sicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit für Kleinbürger verkommen. Ich will nicht länger mitschuldig werden an der Bewahrung dieses Status quo und mitmachen bei der bräsigen Entsolidarisierung, die der DGB und seine Gliederungen gegenüber den wahren Opfern unseres kapitalistischen Systems befördern. Lippenbekenntnisse beenden weder die Kinderarmut noch das Elend der Arbeitslosen.

Gegenwärtig kontrastieren das üble Rollenspiel des DGB und seine „realpolitische“ Kumpanei äußerst krass mit dem gewerkschaftlichen Kampf außerhalb Deutschlands gegen die Austeritätspolitik in der EU. Da draußen reiht sich ein gewerkschaftlicher Aktionstag an den anderen. Immer wieder Massenstreiks. In Frankreich. In England. In Italien. In Griechenland ohnehin. In Polen. Am 14. November europäischer Aktionstag mit Generalstreik in Spanien und Portugal, weiteren landesweiten Branchen-Streiks in England, Frankreich, Italien und Griechenland; bei vielen europäischen Gewerkschaften sind große Begleitaktionen und Demos in Vorbereitung -

- nur nicht in Deutschland. Der DGB macht nicht mit. Wir Deutsche haben unsere vorrevolutionäre Phase längst (und mit einer Pleite) hinter uns gelassen, danach kam das Arrangement mit dem Kapital. Während nun europaweit gekämpft wird, sitzen unser DGB-Chef Sommer und seine werten Vorstandskollegen der Einzelgewerkschaften auf ihren Gesichtern, in breiten Chefsesseln und schikanieren ihre Redenschreiber. Es reicht noch nicht mal zum Aufruf für dürftige Solidaritäts-Aktionchen nach Feierabend. Und still ruht der See auch in den Untergliederungen. In Deutschland kann man ja nicht, darf man ja nicht „politisch“ streiken, und weil man bis ins Mark kompromisslerischer Sozi ist, will man überhaupt nicht kämpfen. Allenfalls samstags oder nach Betriebschluss ein wenig demonstrieren (lassen), dann aber mit roten Trillerpfeifchen und

Revoluzzermützen. Mein Standardkommentar: Um ´nen Acker umzubrechen reicht es nicht, durch die Hecke zu furzen.

“Wie sollen wir denn kämpfen bei immer weniger Mitgliedern und nachlassender Kampfbereitschaft?” fragen sich unsere gewerkschaftlichen Vorleute – möglicherweise. Meine Gegenfrage wäre: Wie wollt ihr Mitglieder halten und gar neue gewinnen, wenn ihr nicht kämpft?

Der DGB und seine Einzelgewerkschaften sind alles andere als eine spürbare und wirksame Opposition gegen den fortschreitenden Sozialabbau und die Austeritätspolitik im Auftrag der Plutokraten. Die deutschen Gewerkschaften bleiben ganz auf der Traditionslinie, die ich schon 1958/59 hätte erkennen können, hätte ich damals nur mehr Erfahrung und politischen Durchblick gehabt und genutzt, anstatt alsbald Marken ins Gewerkschaftsbuch zu kleben: Damals schon warfen DGB und SPD in schöner Gemeinsamkeit den letzten Rest marxistischen Denkens und entsprechend zielgerichteter Politik über Bord und machten uns vor, “kontinuierliches Wirtschaftswachstum” werde fortan die Klassenwidersprüche einebnen, man brauche also die Revolution nicht mehr. Hoch die Sozialpartnerschaft! (In Deutschland. Und weg mit der Internationalen Solidarität!)

Seither betätigen sich unsere Gewerkschaften zum Nachweis ihrer Existenzberechtigung hauptsächlich als duldsame Begleiter kapitalistischer Ausbeuterei, asozialer Schweinereien und als Stabilisatoren des schändlichen Systems. Stichwort: Schröders Agenda 2010. Überzeugende Aktionen gegen das Hartz-IV-Elend waren und sind nicht zu erkennen; wie auch, in der Kommission zur Vorbereitung der fatalen Gesetzgebung saßen ja unsere Gewerkschaftsfunktionäre dicke mit drin. Und sie verabreichen nun den Opfern milde Salben, statt den Tätern ordentlich Pfeffer zu geben: „Lohnerhöhungen“, die kaum die Reallohneinbuße ausgleichen, stattdessen die Einkommensschere immer weiter öffnen und die prekären Arbeitsformen nicht beseitigen.

Notwendige, gesellschaftsverändernde Kampfziele sind gestrichen, allen voran diese:

Verkürzung der Arbeitszeit (30 Stunden-Woche, Rente mit 60)

Verbot der Mehrarbeit

Abschaffung der Leiharbeit

Reduktion der Zeitarbeit

Verbot aller Kettenarbeitsverträge

Verbot prekärer Beschäftigungsformen.

Gänzlich zu schweigen von immateriellen Kampfzielen wie beispielsweise Innere Presse- und Rundfunkfreiheit. Friedenspolitik ist nur Feuilletonthema der Gewerkschaftspostillen, aber „natürlich“ kein realer Arbeitskampfgrund, DGB-Pflicht zu internationaler Solidarität hin oder her. Für den Frieden kämpfen (z.B. mit Aktionen gegen den überschäumenden deutschen Rüstungsexport) gibt es nicht, man will ja keine Arbeitsplätze in unserer blühenden Rüstungsindustrie gefährden.

Hierzulande ist der Generalstreik bestgehütetes Tabu. Geprobt wird er nicht, unter keinen Umständen. Folglich lässt sich beispielsweise auch auf der politischen Ebene nichts gegen das wilhelminisch-rückständige Arbeitszeitgesetz unternehmen, nichts gegen die fortschreitende Zerstörung der Sozialsysteme oder gegen die Kommerzialisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Erst recht ist nichts auf der übernationalen Ebene möglich, nichts gegen die Militarisierung der EU beispielsweise oder gegen die schleichende Faschisierung dieses Staatenbundes (Stichworte: Aufrüstungsgebot der EU, Ausforschung der Bürger und „Tiefer Staat“, Abschottung vor Flüchtlingen).

Statt Arbeiter-Kampftruppen zu organisieren, geht der parteipolitische Konvertit Sommer zu Frau Dr. Merkels Jause. Traditioneller “Schulterschluss” wird mit den Sozis praktiziert, als hätten nicht gerade die den übelsten Sozialabbau des vergangenen halben Jahrhunderts organisiert, diese gewissenlosen, geschichtsvergessenen Arbeiterverräter. DGB-Sommer und SPD-Gabriel, der erst jüngst wieder für die Beibehaltung der Rente mit 67 eintrat: Ein prachtvolles Spezialdemokraten-Paar, das passt zusammen. Man schaue sie an, unsere wohlgenährten Arbeiterführer: Berthold Huber: SPD. Michael Vassiliadis: SPD. Klaus Wiese: SPD. Alexander Kirchner: SPD. Ulrich Thöne: SPD. Franz-Josef Möllenberg: SPD. Bernhard Witthaut: SPD. Frank Bsirske: Die Grünen.

Wahrlich eine illustre Herrenrunde. Mit Gehältern und selbstbehaltenen Aufsichtsratsbezügen von allemal mehr als 230 000 Euro pro Jahr und Nase: Nur so könne man “auf Augenhöhe” mit den hochbezahlten Managern der Arbeitgeberseite verhandeln, hat Herr Bsirske uns einst erklärt. Das

Sein bestimmt nun mal das Bewusstsein. Wann bitten die Herren Peer Steinbrück zum Referat im Fortbildungsseminar?

Und wir Mitglieder? Wir freuen uns über eine Einladung zum gemütlich-weihnachtlichen Beisammensein mit Senioren. Wir werden bedacht mit Werbebroschüren für Reiseveranstaltungen (Gewerkschafter-Rabatt!). Rechtsschutz kriegen wir im Fall von Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber. Eine Rote Rose am Internationalen Frauentag. Preisvorteile werden uns gewährt von Autovermietern und Finanzdienstleistern. Und ermäßigter Gruppentarif bei der Sterbeversicherung. Gewerkschaft als Eventmanager, Reiseveranstalter, Versicherer – Erbarmen. Kugelschreiber gibt´s bei der SPD.

Ich mag´s nicht mehr mittragen.

Um Legendenbildungen vorzubeugen: Ich hege keinen Groll gegen die im ver.di-Verband NDR „an der Basis“ Tätigen und achte ihre guten Absichten. Der Verband, dessen erste Arbeitskämpfe im deutschen Rundfunkwesen ich vor einem Vierteljahrhundert organisieren durfte, steht im Zusammenhang mit meinem Austritt nicht in Rede. Wenn sich im NDR einige Betriebs- resp. Personalräte als Co-Manager gefallen, so übersteigt das ohnehin nicht die charakteristischen Mauscheleien in solchen Gremien. Für derlei Kleinklein habe ich keine Zeit mehr.

Ich freue mich im fortgeschrittenen Alter und in provinzieller Abgeschiedenheit über die mir verbliebenen Kollegenkontakte. Diese, so hoffe ich, hängen nicht davon ab, dass ich mich weiterhin als Mitläufer einer systemkonformen SPD-Kollaboration verbiege. Denn Kollaboration ist nun einmal das Wesensmerkmal des DGB und seiner Einzelgewerkschaften.

Hieltet ihr mir nun vor, mein Gewerkschafts Austritt sei doch perspektivlos, so würde ich entgegnen, er sei mein Hygieneanspruch, Ergebnis einer selbstkritischen Abrechnung mit meiner jahrzehntelangen Gewerkschaftervergangenheit. Alte Menschen neigen nun mal zur Rückschau, aber nicht jeder Hochbetagte bevorzugt eine rosarote Ausleuchtung seines Lebensweges. Die Kritik der Perspektivlosigkeit würde ich sodann als unsinnig zurückweisen. Es gibt viele erweislich menschenfreundlichere Alternativen fürs soziale Engagement als eine Mitgliedschaft im DGB. Meine Wahl unter ihnen habe ich schon vor langer Zeit getroffen. Dass ich den DGB einmal aus den oben nur skizzierten Gründen verlassen würde, hätte ich für absolut unvorstellbar gehalten, als ich, damals ein kaum 19jähriger Arbeiter, um Aufnahme bat.

Es grüßt Euch

(gez.) Volker Bräutigam

Quelle: <http://syndikalismus.wordpress.com/2012/11/11/vormaliger-funktionar-volker-brautigam-tritt-aus-dgb-und-ver-di-aus/>

6.) Vrije Bond und FAU auf der Demonstration in Genk. Demonstration gegen Schließung des Ford-Werkes (11.November 2012)

Mehr als 20.000 Menschen haben am 11. November in Genk in der belgisch-niederländisch-deutschen Euregio gegen die geplante Schließung der dortigen Ford-Fabrik demonstriert. An der Demonstration nahmen auch Anarcho-SyndikalistInnen aus der Region teil, darunter Mitglieder des «Vrije Bond» aus Belgien und den Niederlanden sowie mehrerer Syndikate der FAU Region West.



Die belgische Industriestadt war an diesem Sonntag voller Menschen, die gegen die Schließung des Ford-Werkes demonstrierten. Neben KollegInnen von Opel, Audi und verschiedener Zulieferbetriebe, waren auch ArbeiterInnen des Kölner Ford-Werks gekommen. Unter dem Druck von Teilen der Belegschaft nach dem [brutalen Polizeieinsatz](#) gegen eine Delegation Genker

ArbeiterInnen am 7. November in Köln, hatte die IG Metall kurzfristig doch noch 9 Busse nach Genk organisiert.

Bemerkenswert war auch, dass sich in die traditionelle belgische Gewerkschafts-Farbenlehre Rot (sozialdemokratische Gewerkschaften), Grün (Christliche Gewerkschaften) und Blau (Liberale Gewerkschaften) dieses Mal auch etliche Schwarz-Rote Tupper gemischt hatten. Das Kontingent aus Anarcho-SyndikalistInnen und AnarchistInnen war zwar sicherlich der kleinste Block, dafür aber einer von denen mit der besten Stimmung. Es wurden Parolen in Niederländisch / Flämisch, Französisch, Spanisch, Englisch und Deutsch skandiert und allerlei Liedgut in verschiedenen Sprachen zum Besten gegeben. Die Reaktionen waren fast durchweg positiv und die Anwesenheit von „het Anarchisten“ wurde wohlwollend zur Kenntnis genommen.

Zur Demonstration hatte ein breites Bündnis einschließlich der Stadtverwaltung von Genk aufgerufen, entsprechend volksfestartig war auch der Charakter. Der beste Redebeitrag kam nicht etwa von irgendwelchen GewerkschafterInnen, sondern von einem Antwerpener Komiker, der als einziger das auf den Punkt brachte, was derzeit geschieht. Das gegen uns ArbeiterInnen „een oorlog“ – ein Krieg geführt wird, dass man uns versucht, entlang nationaler oder rassistischer zu entsolidarisieren und dass die Antwort darauf nur die internationale Solidarität und die Abschaffung des herrschenden Ausbeutungssystems sein kann.

aus: http://www.fau.org/artikel/art_121111-172222

Themenseite bei Labournet: www.labournet.de/branchen/auto/ford/genk/

Zum Weiterlesen

[Direkte Aktion bei FORD-Zentrale in Köln](#)

[FAU-IAA auf FORD-Demo in Belgien](#)

7.) Die Soziale Krankenstation der Solidarität Thessaloníki braucht finanzielle Unterstützung. Ein Interview

Anfang November 2011 eröffnete die Soziale Krankenstation der Solidarität Thessaloníkis (SKS). Das Projekt kümmert sich um die gesundheitliche Grundversorgung des wachsenden Teils der Bevölkerung Thessaloníkis, die auf Grund der kapitalistischen Kahlschlagpolitik keinen Zugang zu Krankenhäusern und Gesundheitszentren mehr haben. Ein Interview mit Seraffia Kalamítsou, 37, Kinderärztin, Anarchistin und von Beginn an im SKS aktiv. (Spendenkonto am Ende, Interview und Übersetzung Ralf Dreis, als gekürzte Fassung in GWR 373 erschienen).

RD: Hallo Serafía, kannst du als erstes etwas zur Situation in Griechenland sagen und dann erklären von wem die Idee des Aufbaus der SKS ausging und wie sie umgesetzt wurde.

SK: Hallo Ralf, ich werde etwas zur Lage im Gesundheitssektor sagen, da wir mit der SKS vor allem in diesem Bereich aktiv sind, auch wenn unsere Arbeit gezwungenermaßen noch andere gesellschaftliche Problematiken mit einbezieht.

Wichtig ist, dass die Probleme im Gesundheitssektor schon vor Ausbruch der ökonomischen Krise vorhanden waren. Die Situation hat sich einfach weiter verschlechtert und betrifft weitaus mehr Menschen. Aber auch zuvor war es so, dass viele keinen Zugang zum Gesundheitssystem hatten oder dass diejenigen die einen Dienst in Anspruch nahmen, ablehnend behandelt wurden oder unter der Hand für eine Behandlung bezahlen mussten. Im Februar 2011 während des Hungerstreiks von 300 Immigranten, die für einen legalen Aufenthaltsstatus in Griechenland kämpften, fanden wir uns als unterstützende Gruppe zusammen. 50 der Hungerstreikenden waren im Arbeiterzentrum Thessaloníkis untergebracht und hatten um Hilfe von Menschen aus dem Gesundheitsbereich gebeten. Verschiedene ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und PsychotherapeutInnen – hauptsächlich AnarchistInnen, Antiautoritäre und Linke - gründeten daraufhin eine solidarische Krankenstation im Arbeiterzentrum um die Hungerstreikenden ärztlich zu begleiten. Die lebten zum Großteil schon seit vielen Jahren ohne legalen Status in Griechenland und hatten immer wieder Anträge eingereicht und viel Geld an diverse Behörden gezahlt um legale Aufenthaltspapiere zu bekommen. Letztendlich blieb ihnen nur noch das Mittel des Hungerstreiks um ihre Rechte einzufordern. Nach dessen Ende, und erfüllt vom Enthusiasmus unserer fruchtbaren Zusammenarbeit jenseits der Krankenhausarbeit, beschlossen wir als Unterstützergruppe eine soziale Krankenstation für Flüchtlinge in unserer Stadt aufzubauen.

RD: Am Anfang dachtet ihr also an eine Krankenstation ausschließlich für Flüchtlinge.

SK: Ja, allerdings beschlossen wir schnell, alle Menschen ohne Krankenversicherung mit einzubeziehen, also MigrantInnen und GriechInnen, und noch während wir diskutierten und Plena

abhielten, wie das Projekt umzusetzen sei, schlugen die Spardiktate von IWF, EU-Kommission und EZB voll auf die griechische Gesellschaft durch. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Nichtversicherten so rapid anstieg, dass inzwischen weit über die Hälfte unserer PatientInnen GriechInnen sind. Zu Beginn wandten wir uns an die Stadt, damit sie uns eins ihrer massenhaft leerstehenden Gebäude zur Verfügung stellen. Doch den städtischen Verantwortlichen fiel außer diversen Ausflüchten nichts ein. Später versuchten wir Räume zu mieten, was aus finanziellen Gründen nicht gelang, danach diskutierten wir die Möglichkeit einer Hausbesetzung, was von vielen aus der Gruppe abgelehnt wurde, da es für Menschen ohne Papiere gefährlich oder mit Angst verbunden sein kann, in ein besetztes Haus zu kommen. Letztendlich einigten wir uns mit dem Arbeiterzentrum, das uns die Räume im 1.Stock des Gebäudes in der Aisópou-Str. 24 zur Verfügung stellte, wo wir uns jetzt befinden. Das Arbeiterzentrum bezahlt uns momentan auch den Strom, so dass unsere Hauptausgaben den Kauf von Impfstoffen und Zahnersatz betreffen, was sich auf ca. 5000,- Euro monatlich beläuft. Die meisten übrigen Arzneimittel und Verbandsstoffe, die wir verwenden, stammen aus Spenden von Privatpersonen, die ihre Hausapotheke geplündert haben.

RD: Kannst du uns einen Überblick verschaffen, mit wie viel Personen ihr die SKS aufgebaut habt und wie die weitere Entwicklung war?

SK: Am Anfang, während des Hungerstreiks, waren wir ca. 30 Leute. Danach kamen einige mehr auf die Plena während der Planungsphase und momentan beteiligen sich mindestens 200 Menschen aus dem Gesundheitsbereich. Darüber hinaus gibt es ÄrztInnen mit eigener Praxis, die sich gerne direkt beteiligen würden, was aber auf Grund der gleichen Sprechstundenzeiten nicht klappt. Die übernehmen dann 2 oder 5 oder 10 PatientInnen des SKS monatlich in ihrer Praxis. Im SKS selbst existieren verschiedene Fachbereiche wie Allgemeinmedizin, Zahnarzt-, Psychotherapeutische- und Kinderärztliche Praxis und die soziale Apotheke, in der die PatientInnen ihre Medikamente kostenlos bekommen. Das alles wird von Bürokräften organisiert und koordiniert ohne die das ganze Projekt unmöglich funktionieren würde.

RD: Kontrolliert ihr ob eure PatientInnen krankenversichert sind?

SK: Nein, wir wollen das nicht kontrollieren. Wir haben immer wieder öffentlich erklärt, dass wir nicht vorhaben - und es abgesehen davon auch nicht können - das bestehende staatliche Gesundheitssystem zu ersetzen. Wir werden nicht versuchen zum Gesundheitsministerium anstelle des Gesundheitsministeriums zu werden. Wir sind für all diejenigen da, die vom kapitalistischen System ausgeschlossen wurden, die aus den Krankenhäusern und Gesundheitszentren rausfliegen und nirgends anders behandelt werden. Wir haben nicht die Absicht für immer zur Verfügung zu stehen, sondern versuchen die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitssystem haben und niemand von der Behandlung im Krankenhaus ausgeschlossen ist. Wir können nur eine gesundheitliche Grundversorgung bereitstellen, doch sobald eine Operation oder eine Wirbelsäulentomografie nötig wird, müssen unsere PatientInnen gezwungenermaßen in irgendein Krankenhaus. Es ist also unabdingbar für alle Menschen eine kostenlose Gesundheitsversorgung zu erkämpfen, unabhängig davon, ob sie krankenversichert sind oder nicht.

RD: Ist die SKS jeden Tag geöffnet?

SK: Unsere Sprechstunden finden täglich, außer Sonntag statt.

RD: Der Bedarf scheint also groß zu sein.

SK: Zu Beginn hatten nur einige Fachbereiche tägliche Sprechstunden, inzwischen gibt es Bedarf an weiteren Fachbereichen, an viel mehr ÄrztInnen die Schichten übernehmen können und unsere Räume werden auch langsam zu klein. Außerdem werden in diesem Winter noch weitaus mehr Menschen ohne Krankenversicherung zur SKS kommen.

RD: In Deutschland interessieren sich viele Menschen für die Arbeit des SKS. Ich denke die Mehrheit dieses sozial engagierten Teils der Bevölkerung, schätzt euer Projekt als karitativen Dienst ein. Stimmt das mit eurer Selbsteinschätzung überein?

SK: In Griechenland gibt es verschiedene Arten sozialer Krankenstationen. Wir bezeichnen uns als „Soziale Krankenstation der Solidarität“, oft ziehe ich persönlich die Bezeichnung „Solidarische Krankenstation“ vor, da sie deutlicher ausdrückt für was wir stehen. Es gibt im Moment solidarische Krankenstationen wie uns, die selbstverwaltet und von der Basis auf selbstorganisiert arbeiten, keine Nichtregierungsorganisation (NGO) sind und nicht zur Kirche gehören. Es gibt außerdem soziale Krankenstationen, die karitative Arbeit leisten und von NGO, der Kirche oder

Ärztevereinigungen unterhalten werden und es gibt die Nazipropaganda von Chrysí Avgí (Goldene Morgendämmerung), die „Soziale Krankenstationen nur für Griechen“ angekündigt haben. Tatsächlich handelt es sich dabei um Propaganda, da diese Nazi-Partei nicht in der Lage ist solche Projekte zu verwirklichen. Eine ihrer so genannten sozialen Krankenstationen war für die Stadt Xánthi in Nordgriechenland angekündigt. Real handelt es sich um einen faschistischen Armeearzt, der nie einen Patienten behandelt hat.

RD: Am 13. September war in der Tagespresse zu lesen, dass Chrysí Avgí zu „Blutspenden nur für Griechen“ aufruft.

SK: Ja, die Nachricht stimmt, aber auch dabei handelt es sich um Nazipropaganda von Chrysí Avgí mit der sie beweisen wollen, dass sie sich um die Griechen kümmern. GenossInnen aus Athen berichteten, dass sich nur 10 bis 12 Nazis an der Blutspendenaktion beteiligten. Die ärztliche Deontologie besagt übrigens eindeutig, dass Blut gespendet und nicht verkauft wird und dass dieses Blut ausschließlich nach medizinischen Kriterien denjenigen zur Verfügung gestellt wird, die es benötigen. Es ist lächerlich und unwissenschaftlich griechisches Blut für griechische Patienten oder deutsches für deutsche zu spenden. Ekelhaft und skandalös ist allerdings, dass die zuständige staatliche Behörde auf Anforderung von Chrysí Avgí tatsächlich eine Blutspendeeinheit zur Verfügung gestellt hat. Die Konföderation der Krankenhausärzte und die Allgriechische Ärztevereinigung haben die rassistische Blutspendenaktion dagegen in ihren Erklärungen scharf verurteilt.

RD: Zurück zu euch und euren Zielen als solidarischer Krankenstation. Außer Menschen ohne Krankenversicherung eine medizinische Grundversorgung zu gewährleisten, zielt ihr durchaus noch auf anderes ab.

SK: Wir haben das Projekt nicht gestartet um unsere Seele mit karitativer Arbeit zu retten, sondern verstehen uns als politisches Projekt mit einem klaren Ziel. Unser Hauptziel als SKS ist es zu zeigen, dass solidarische Strukturen funktionieren und dass es durch solidarische Organisation gelingen kann die Probleme zu überwinden, die durch die ökonomische Krise entstehen. Solidarität bedeutet dabei mehr als nur eine helfende Hand auszustrecken. Solidarische Strukturen können dann wirkungsmächtig werden, wenn Solidarität zum Teil des Bewusstseins wird, nicht nur unserer PatientInnen, sondern auch ihrer Familien, und der Viertel in denen sie wohnen. Während eines solchen Prozesses wird klar, dass solidarische Strukturen nicht nur im Gesundheitssektor geschaffen werden können sondern auch in allen anderen Bereichen unseres Lebens. Dieser Bewusstwerdungsprozess ist sehr schwer in Gang zu setzen. Wenn wir jedoch dabei stehen bleiben nur ein funktionierendes Gesundheitszentrum erschaffen zu haben, war unsere Arbeit umsonst. Erfolg haben wir dann, wenn es gelingt das SKS zum Teil einer allgemeinen Bewegung mit dem Ziel der gesellschaftlichen Selbstverwaltung und Solidarität in der Stadt, aber auch im ganzen Land, zu machen.

RD: Es gibt ja eine ganze Menge selbstverwalteter Strukturen in Thessaloníki. Seid ihr untereinander koordiniert? Gebt ihr gemeinsame Texte oder politische Analysen heraus? Organisiert ihr Veranstaltungen oder Demonstrationen mit anderen Projekten wie dem sozialen Zentrum Mikrópolis, oder den BesetzerInnen des ehemaligen Armeegeländes im Westen der Stadt, die als „PerKa“ kollektiv Gemüse anbauen? Habt ihr Kontakt zu den besetzten Häusern?

SK: Gemeinsame politische Texte haben wir bisher nicht herausgegeben, aber es gibt Plena zu denen wir gehen oder Menschen aus anderen Projekten, die auf unsere Plena kommen. Das Mikrópolis unterstützt uns beispielsweise finanziell mit einem festen monatlichen Beitrag. Mit verschiedenen anderen Gruppen der Stadt versuchen wir ein antifaschistisches, antirassistisches Netz aufzubauen. Es ist uns bisher nicht gelungen eine organisatorische Struktur zu erschaffen aber informell gibt es viele Verbindungen zwischen den verschiedenen Projekten.

RD: Wenn ihr über solche Art von Zusammenarbeit diskutiert, oder politische Aktionen beschließt, wer entscheidet dann letztendlich was geschieht?

SK: Das SKS ist selbstverwaltet und alle Entscheidungen werden von der Vollversammlung getroffen. An den Vollversammlungen kann jede und jeder teilnehmen. Leider wird das nicht von allen wahrgenommen sondern meist entscheiden 40 bis 60 AktivistInnen was geschieht. Viele ziehen die aktive Arbeit den Diskussionen der Vollversammlung vor. Ich persönlich halte es für überaus wichtig sich gemeinsam Standpunkte zu erarbeiten und zu Entscheidungen zu gelangen.

RD: Welche Reaktionen gibt es von Seiten des Staates oder der Massenmedien auf euch?

SK: Wir versuchen immer mit eindeutigen antirassistischen Positionen an die Öffentlichkeit zu treten und veröffentlichen unsere Texte in vielen verschiedenen Sprachen in der Stadt. Das SKS ist

dadurch mittlerweile ziemlich bekannt und wird von vielen Menschen unterstützt. Eine Tatsache, die uns momentan vor direkten staatlichen Angriffen schützt. Die Massenmedien spielen ihr eigenes Spiel. Die präsentieren natürlich keine antikapitalistische oder antirassistische Perspektive, sondern wollen unsere „karitative“ Arbeit herausstellen, weshalb wir im Umgang mit den Massenmedien sehr vorsichtig sind. Die Befürchtung liegt einfach nahe, dass sie unsere Inhalte völlig ins Gegenteil verdrehen und uns im Endeffekt als Ersatzkirche oder NGO darstellen.

RD: Wir haben vorhin die faschistischen Banden von Chrysí Avgí erwähnt. Ein Projekt wie das SKS drängt sich doch förmlich auf als Angriffsziel der Nazis?

SK: Diese Gefahr besteht tatsächlich, da im Stadtteil indem wir uns befinden nicht nur viele MigrantInnen wohnen, sondern sich auch das Parteibüro von Chrysí Avgí befindet. Wir machen uns durchaus Sorgen wegen möglicher Naziangriffe auf unsere PatientInnen oder uns selbst wenn wir spät abends das Haus verlassen. Bisher ist zum Glück nichts passiert. Abgesehen von den persönlichen oder informellen Verbindungen zu anderen Projekten über die wir gesprochen haben, gibt es eine antifaschistische Telefonkette, die bei Gefahr aktiviert wird.

RD: Über eure Ausgaben und wie sie gedeckt werden haben wir zu Beginn gesprochen. Welche Möglichkeiten bestehen für solidarische Menschen aus Deutschland, die euren Kampf gegen die kapitalistische Barbarei unterstützen wollen?

SK: (lacht) Na, das Naheliegende ist natürlich die finanzielle Unterstützung. Geld brauchen wir immer und wie ich beschrieben habe gibt es Sachen, die wir kaufen müssen, also vor allem Zahnersatz, Plomben, Impfstoffe für Kinder und so weiter, was alles sehr teuer ist. Ein nicht krankenversichertes Kind bekommt beispielsweise keine Impfungen umsonst, was bedeutet, dass es nicht geimpft wird. Um später eingeschult zu werden, muss es allerdings den Impfausweis mit allen Schutzimpfungen vorweisen. Eltern, die nicht einmal genug Geld haben um ihre Kinder zu ernähren, können sich die teuren Impfungen einfach nicht leisten. Von solchen Verpflichtungen gegenüber den BürgerInnen hat sich der griechische Staat einfach verabschiedet, was mit der entsprechenden Rückendeckung der Massenmedien und verbreiteter rassistischer Propaganda zum weiteren Erstarken der Nazis führt. Bisher bekommen wir finanzielle Unterstützung von Betriebsgruppen, Vereinen, durch Veranstaltungen, von Privatpersonen oder durch andere Projekte wie das Mikrópolis. Das langt aber nicht und da sich die Situation weiter zuspitzen wird wären Spenden von GenossInnen aus Deutschland sehr willkommen. Darüber hinaus könnten solidarische ÄrztInnen, falls sie die Möglichkeit haben, uns bestimmte teure Medikamente zukommen lassen. Außerdem brauchen wir Ideen und Unterstützung im antifaschistischen Kampf und für antirassistische Mobilisierungen, wo ihr ja in Deutschland langjährige Erfahrungen habt.

Kontakt: Aisópou Straße 24, Thessaloníki,
email: koinwniko.iatreio@gmail.com, Tel: 0030-2310-520386

Spenden bitte an: Freunde der sozialen Krankenstation der Solidarität Thessaloniki,
Pireos Bank, KTO: 5272-059087-744
IBAN: GR89 0172 2720 0052 7205 9087 744, BIC: PIRBGRAA

8.) Direkte Aktion #214, November/Dezember 2012

In OWL gibt es die **Direkte Aktion**, soweit uns bekannt, zur Zeit in:

Bielefeld: Eulenspiegel, Buchladen, Hagenbruchstr. 7, 33602 Bielefeld

mondo - buchladen & galerie, Elsa-Brändström-Str. 23, 33602 Bielefeld

Kontakte: www.direktaktion.org oder www.fau.org/da

Zum Inhaltsverzeichnis: www.direkteaktion.org/214

9.) It's time to organize - Join the Union

nächste Treffen der **FAU Lokalföderation Bielefeld** montags um 18.30 Uhr:

03.12.: Über Tische, Tafeln usw. Zur „Ökonomie des Mitleids“

17.12.: Feucht-fröhlicher Jahresausklang (mit Gesprächen, Gedichten, Texten, Feuerzangenbowle, Lebkuchen, Kaffee, Chips & Dips ...)

ab 20.00Uhr: **Allgemeines Syndikat (ASY_BI):**

in der Bürgerwache, R102



FAU Bielefeld, c/o Bürger_innen_wache, Rolandstr.16, 33615 Bielefeld

eMail: faubi(ät)fau.org, Web: www.fau-bielefeld.de.vu oder <http://faubielefeld.blogspot.de/>

Die FAU ist eine anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsföderation, die aus lokalen Syndikaten und Gruppen besteht. Interesse? Einfach vorbeikommen und Reinhören, mitreden, mitmachen!



selb(A)machen / Anarcho-Syndikalistische Jugend (sAm/ASJ)

Wir treffen uns dienstags um 18.30h, im Infoladen
Anschlag, Heeperstr.132

<http://selbamachen.blogspot.eu/>

Glück und Freiheit!